

Die Blinden

MARKUS SOMM



Es ist gut, dass in der Schweiz bald Wahlen anstehen. Dieser Bundesrat, der soeben den Atomausstieg am Sankt-Nimmerleins-Tag beschlossen hat, diese Regierung verdient es, abgewählt zu werden. In der Schweiz wird es nicht dazu kommen, das wissen wir. Aber vermutlich werden sich im Parlament im Herbst die Mehrheitsverhältnisse so verändern, dass eine neue Zusammensetzung des Bundesrats sich aufdrängt, eine Zusammensetzung, in welcher ein solch kurzsichtiger Entscheid nicht mehr zustande kommt.

Wie hier weitreichende Beschlüsse übers Knie gebrochen wurden, widerspricht allen Gepflogenheiten der schweizerischen Politik. Bevor überhaupt klar ist, was genau in Fukushima geschehen ist, bevor man das Ausmass der Katastrophe abschätzen kann, hat der Bundesrat den Atomausstieg verfügt. Ohne mit der betroffenen Stromwirtschaft zu sprechen, ohne die Meinung der Wirtschaft einzuholen, ohne unabhängige Experten anzuhören, einsam und mit fast esoterischer Selbstsicherheit haben die vier Frauen im Bundesrat die Energiepolitik der kommenden fünfzig, achtzig, wenn nicht hundert Jahre vorgeprägt. Was

Dass diese Regierung so rasch die Nerven verloren hat, ist schwer zu ertragen.

ist in den Bundesrat gefahren? Wie ist es möglich, dass eine Energieministerin wie Doris Leuthard (CVP), die jahrelang in einem Verwaltungsrat der Stromwirtschaft gesessen hat und dort nie auch nur den geringsten Zweifel an der Atomkraft erkennen liess, wie ist es nachvollziehbar, dass eine solche Politikerin so überstürzt den Notausgang sucht?

Es ist Wahlkampf. Panik herrscht in gewissen Parteien, nicht zuletzt bei der CVP. Und in der irrigen Annahme, mit knalligen Taten beim Wähler Eindruck zu machen, hat der Bundesrat unter Führung einer deroutierten Christdemokratin einen Entscheid gefällt, für den er nie wird Verantwortung tragen müssen. Vielleicht geht das letzte AKW 2034 vom Netz, vielleicht auch später, jedenfalls liegt das so bequem weit weg, dass keiner der Bundesräte, die heute beteiligt waren, diesen Schritt je wird durchsetzen müssen. Vielleicht wird dann in ihrem Altersheim ab und zu vor dem Abendessen der Strom ausfallen, womöglich müssen sie sich gedulden, wenn sie den Herzschrittmacher wieder laden möchten, politisch aber werden sie die Konsequenzen ihres Tuns nie mehr tragen.

Eine normale schweizerische Regierung hätte dem Druck einer angeblich verunsicherten Öffentlichkeit nicht so rasch nachgegeben, sondern hätte zugewartet. Nichts zwang die Regierung zur Eile. Gegen Ende Jahr hätte man einen Bericht verfasst, man hätte Experten nach Japan entsandt, um sich ein Bild zu machen. Man hätte die eigenen AKW geprüft und wäre nach den Wahlen zusammengesessen, um einen überlegten Entscheid zu fassen. Dass diese Regierung so rasch die Nerven verloren hat – und zwar nicht aus Sorge um die Sicherheit unserer Bevölkerung, sondern aus Angst vor dem Wähler – ist schwer zu ertragen. Es ist ein Höhepunkt des unseriösen Instant-Regierens. markus.somm@baz.ch

«Das ist durchaus ein historischer Tag»

Energieministerin Doris Leuthard will die Schweiz in eine atomfreie Zukunft führen

AUFGEZEICHNET: PHILIPP LOSER, Bern

Es war ausgerechnet die als kernenergiefreundlich bekannte Bundesrätin Doris Leuthard, die gestern den Atomausstieg der Schweiz verkündete. Auszüge einer geschichtsträchtigen Pressekonferenz.

Frau Leuthard, warum will der Bundesrat aus der Atomkraft aussteigen?

DORIS LEUTHARD: Nach der Katastrophe von Fukushima gilt es zwei Dinge zu berücksichtigen. Zum Ersten haben wir einen GAU erlebt, das Restrisiko hat sich mindestens zum Teil manifestiert und wir müssen überlegen, ob wir in der dicht besiedelten Schweiz mit diesem Risiko leben wollen. Zum Zweiten ist die Kernenergie bereits teurer geworden. Mit den zunehmenden Investitionen für Sicherheit wird Atomstrom tendenziell noch teurer. Gleichzeitig werden erneuerbare Energien am Markt immer günstiger. Darum ist der Bundesrat überzeugt, dass ein schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie der richtige Schritt für die Zukunft ist.

Wann geht das letzte Schweizer AKW spätestens vom Netz?

Wir werden die Atomkraftwerke laufen lassen, solange sie sicher sind. Es gibt keine Jahreszahl, kein fixes Datum. Wir rechnen hypothetisch mit einer maximalen Laufzeit von 50 Jahren. Damit würde Leibstadt als letztes Kraftwerk 2034 vom Netz gehen. Wenn die Sicherheit gewährleistet ist, kann sich die Laufzeit aber auch auf 60 Jahre ausdehnen.

Gibt es eine oberste Grenze?

Unter Experten gelten 60 Jahre als maximale Lebensdauer. Aber wie gesagt, das hängt vom Zustand des AKW ab und von Investitionen in die Sicherheit. Entscheide, die die Betreiber fällen müssen.

Warum war ein vorzeitiger Ausstieg keine Option für den Bundesrat?

Weil es keinen Grund gibt, die Reaktoren vorzeitig vom Netz zu nehmen. Es wäre auch gefährlich, da damit die Stabilität des gesamten Stromnetzes gefährdet werden könnte. Hier geht es um Strommengen, die man nicht einfach von heute auf morgen ersetzen kann. Auch das erste Szenario des Bundesrats, die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik, ist keine Option, obwohl das die einfachste Variante gewesen wäre. Aber damit existiert das Restrisiko weiter und man verhindert eine Trendumkehr bei den erneuerbaren Energien. Wenn diese eine massive Steigerung erfahren sollen, muss die Politik ein starkes Zeichen setzen. Das hat der Bundesrat heute gemacht. Man darf durchaus von einem historischen Tag sprechen.



Kein fixes Datum. Leuthard hält eine AKW-Laufzeit von 60 Jahren für möglich.

Wie viele Stimmen brauchte es im Bundesrat, um Geschichte zu schreiben?

Wie Sie wissen, geben wir keine Stimmverhältnisse bekannt. Der Bundesrat hat entschieden und so ist es.

Das AKW Mühleberg steht am heftigsten in der Kritik. War eine vorzeitige Abschaltung des Werks ebenfalls ein Thema?

Nein. Bei unserer Entscheid ging es um die Energiepolitik dieses Landes.

Die Sicherheit ist Sache des Ensi und der Betreiber.

Wie soll der neue Strommix finanziert werden?

Das muss noch diskutiert werden. Die bereits bestehende kostendeckende Einspeisevergütung wird helfen, aber es stellt sich die Frage, ob das genügt. Erhöhen wir die Vergütung? Führen wir ein Quotenmodell ein? Oder einen Stromrapen? Das sind offene Fragen, die von einer Arbeitsgruppe behandelt werden.

Ein wichtiger Pfeiler der neuen Strategie sind Stromeinsparungen. Müssen sich die Schweizer auf verminderten Komfort einstellen?

Wir wollen keine Einbusse der Lebensqualität. In vielen Bereichen unseres Lebens gibt es noch ungenutztes Potenzial zum Stromsparen, den-

«Die Fortsetzung der bisherigen Politik ist keine Option – obwohl das einfach wäre.»

ken Sie nur an den berühmten Stand-by-Knopf. Es ist aber nicht die Idee des Bundesrats, dass Sie künftig Ihre Wohnung nicht mehr heizen dürfen.

Wird der Bundesrat auf seinen Grundsatzentscheid zurückkommen, wenn das Parlament in der Sommersession den neuen Kurs nicht mitträgt?

Wir haben auf alle eingereichten Motionen eine Antwort und sind für die Debatte gewappnet. Für mich ist es wichtig, dass der Bundesrat eine Linie hat. Wie üblich werden wir der Debatte zuhören und das Ergebnis in unsere weiteren Arbeiten einfließen lassen.

Sie gelten in der Öffentlichkeit als Verfechterin der Kernenergie, werden mitunter auch «Atom-Doris» genannt. War die Entscheidung zum Atomausstieg vor diesem Hintergrund besonders schwierig für Sie?

Man geht mit vielen Vorurteilen durchs Leben. Während meiner ganzen Karriere im Parlament habe ich weder einen Vorstoss zum Thema gemacht noch dazu geredet. Dennoch bekam ich von einem Kollegen von Ihnen das Atommantelchen umgehängt. Als Aargauerin hat man dieses Mantelchen aber ohnehin meistens. Ich war nie gegen Nuklearenergie, weil sie ihre Vorteile hat. In der neuen Situation muss man aber Vor- und Nachteile eingehend diskutieren. Dabei steht nicht immer die persönliche Meinung im Vordergrund. Es geht vielmehr um die Frage, was gut ist für dieses Land und den Wirtschaftsstandort.

Von «mutig» bis «unverantwortlich»

Die Reaktionen auf den Entscheid des Bundesrates sind – wenig überraschend – äusserst unterschiedlich

Aufatmen bei den einen, Zähneknirschen bei den anderen: Die Reaktionen auf den Bundesratsentscheid für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie fallen unterschiedlich aus und entsprechen den bekannten Fronten.

Umweltverbände, SP, Grüne und andere AKW-Gegner jubeln, wenn teilweise auch verhalten. Einig sind sich diese Kreise darin: Endlich habe der Bundesrat die energiepolitischen Weichen in die richtige Richtung gestellt. «Das Atomzeitalter soll ein Ende finden», freut sich die Allianz Nein zu neuen AKW, welcher unter anderem die grossen Umweltverbände angehören.

Die Grünen und die SP kritisieren aber die langen Laufzeiten und fordern, vor allem das «gefährliche» AKW Mühleberg sofort ausser Betrieb zu

stellen. Freude herrscht auch bei Swissolar, dem Fachverband der Solarbranche, sowie bei der AEE (Agentur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz).

Die CVP dankte dem Bundesrat für den «mutigen Entscheid» und lobte die eigene Bundesrätin Doris Leuthard. Dank ihr sei die Weichenstellung für die energiepolitische Zukunft der Schweiz erfolgt.

MITREDEN. Nicht zufrieden mit dem Bundesrat sind die SVP, Economiesuisse, die Elektrizitätsunternehmen sowie die Aktion für eine vernünftige Energiepolitik (Aves). Auch der Vorstand der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren hat Bedenken und macht sich Sorgen um die künftige Versorgungssicherheit. Als Miteigentümer von Kraftwerken wollen die Kantone in die

Konkretisierung der neuen Strategie einbezogen werden.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bezeichnet den Bundesratsentscheid als unseriös, widersprüchlich und unverantwortlich. Auch der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Swissmem ist enttäuscht. Die Aves und der Verband der Elektrizitätsunternehmen (VSE) kritisieren den Regierungsbeschluss als wenig fundiert. «Das Kleingedruckte ist noch nicht bekannt», schreibt der VSE.

KOMPROMISS. Der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) sieht im Entscheid einen nachvollziehbaren Kompromiss. Zentral ist auch für den sgv, dass es zu keiner Stromlücke kommt. Die Frage der Stromproduktion stehe im Zusammenhang mit der gesamten

Umwelt- und Energiepolitik. Das Thema müsse gesamtheitlich angegangen werden.

Für den Wirtschaftsverband Swis cleantech eröffnen sich nun neue Chancen – unter anderem durch Investitionssicherheit. Die Glaubwürdigkeit der Schweiz «als internationale Cleantech-Vorreiterin» werde gestärkt.

HAST. Die SVP spricht ihrerseits von einer «überhasteten Kurzschlussbehandlung» und ruft nach einem «plausiblen und glaubwürdigen Plan». Etwas dezidierter äussert sich die FDP. Sie begrüsst das Nein zum AKW-Ersatz mit der heutigen Reaktorgeneration. Die Türen für neue Technologien dürfe aber nicht endgültig geschlossen werden.

Auch die Stromkonzerne Axpo, BKW und Alpiq zeigen sich in ersten Stellungnahmen

wenig erfreut über den Entscheid zum mittelfristigen Ausstieg. Axpo bedauert den «schnellen, unter hohem politischem Druck gefällten Beschluss».

Die drei Stromproduzenten haben bereits eine gemeinsame Planungsgesellschaft für ihre angestrebten Ersatz-Atomkraftwerke gegründet. Das Trio hat beim Bund Gesuche für Beznau III, Gösgen II und den Ersatz von Mühleberg eingereicht.

ERWARTUNGEN. Sowohl Befürworter als auch Gegner des Bundesratsentscheids spielen den Ball nun dem Parlament zu. Während die Befürworter nun «Nägel mit Köpfen» erwarten, hoffen andere wie Economiesuisse, das Parlament möge den «unverantwortlichen Beschluss» der Landesregierung korrigieren. SDA